

Hanspeter Mattes
Dezember 2001

Politisches System und gesellschaftliche Strukturen in Libyen

Der vom *Bund der freien unionistischen Offiziere* unter Führung von Mu`ammar al-Qaddafi am 1. September 1969 herbeigeführte Sturz von König Idris al-Sanusi geschah in einer gesamtarabischen Umbruchzeit, die stark von nationalistischem Gedankengut und dem Streben nach nationaler Selbstbestimmung geprägt war. Daraus resultierte eine spezifische Weltansicht und vor allem eine radikale Kritik an der politischen Situation im formal seit Dezember 1951 unabhängigen Königreich Libyen.

Die Kritik des *Bundes der freien unionistischen Offiziere* konzentrierte sich dabei auf vier Aspekte, die nach Ansicht des Bundes (und nach Ansicht eines Großteils der Bevölkerung) eine Revolution notwendig machte:

erstens die Unzulänglichkeiten des an Großbritannien orientierten politischen Systems, das einen finanziell sehr aufwendigen Regierungsapparat mit einer Bundes- und drei Provinzregierungen hatte, die Konflikte zwischen Monarchisten und Republikanern, das Vorherrschen traditioneller Eliten (Stammesherren) in den politischen Entscheidungsgremien und die schnell sichtbar werdende Tendenz zur Unterdrückung kritischer Meinungen und dem Verbot von Parteien (1952) und Gewerkschaften.

zweitens die Unfähigkeit der Regierung zur Steuerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Zählte Libyen noch 1951 zu den ärmsten Ländern der Erde, begann 1959 mit der Förderung des Erdöls eine Phase des von der Regierung nicht mehr zu steuernden finanziellen Überflusses und des gesellschaftlichen Umbruchs; so wandelte sich Libyen binnen kurzem zur unproduktiven Gesellschaft, in der Importe mehr und mehr die eigene Produktion ersetzten. Hinzu kam die Landflucht, Probleme in Familien- und Stammesstrukturen, während auf der anderen Seite eine kleine Gruppe einflussreicher Familien sich maßlos bereicherte und im Überfluß lebte.

drittens die einseitige Ausrichtung der Außenpolitik auf Großbritannien und die USA. Dies war eine direkte Folge des Dekolonisationsprozesses (britisch-französische Militäradministration 1943-1951) und der anfänglichen finanziellen Probleme des Landes, die dazu führten, dass Libyen für die Überlassung von Stützpunkten an die USA und Großbritannien Wirtschafts- und Finanzhilfe erhielt. Mit der Entdeckung des Erdöls, an dessen Förderung maßgeblich britische und amerikanische Firmen beteiligt waren, verdichtete sich die militärisch-politische Zusammenarbeit, so dass Ruth First in ihrem Standardwerk von 1974 (*Libya – an elusive revolution*) Libyen als „Basis des Imperialismus“ bezeichnete und Qaddafi nach der Machtübernahme stets von einer „Pseudounabhängigkeit“ Libyens zwischen 1951 und 1969 sprach.

viertens schließlich die Verwestlichung des öffentlichen Lebens vor allem in den beiden größten Städten, Tripolis und Banghazi. Der weitgehend konservativen libyschen Gesellschaft waren die zunehmende Ausbreitung (freizügiger) westlicher Mode, westlicher Musik, des Alkoholkonsums, der Prostitution und des Amüsierbetriebs sowie der englischen Sprache (insbesondere auch im Militär) ein Dorn im Auge und galten als „Verrat am arabisch-islamischen Erbe“.

Die Revolution vom 1. September 1969 („Septemberrevolution“) war folglich die Reaktion auf mehrere verfehlte Politiken, wobei die neue Staatsführung – ein zwölköpfiger, von Qaddafi geleiteter Revolutionärer Kommandorat – gemäß der Leitlinie der Revolution „Freiheit, Sozialismus, Einheit“ mit dem Anspruch antrat, Fremdbestimmung und ausländischen Einfluß zurückdrängen zu wollen und eine Politik im Dienste der „jamahir“ (arabisch für Volksmassen, ein Schlüsselbegriff der qaddafischen Ideologie) umsetzen zu wollen. Die von Qaddafi ab 1969 in vielen Reden propagierte politische, ökonomische und soziokulturelle Selbstbefreiung führte zu einem national wie international umgesetzten revolutionären Aktionsprogramm.

Im innenpolitischen Bereich zählte hierzu die Suche nach einem authentischen arabisch-islamischen Regierungssystem, außenpolitisch stand die Schließung der britischen und amerikanischen Militärstützpunkte (11.6.1970) und die Ausweisung der letzten italienischen Siedler (Oktober 1970)

im Mittelpunkt. Zugleich begann die offensive finanzielle und materielle Unterstützung anderer Staaten und Völker, die ihrerseits für ihre Selbstbefreiung kämpften. Libyen unterstützte deshalb seit 1969 – mit allen Auswüchsen, zu denen dies in den 1980er Jahren führte – zahlreiche Befreiungsbewegungen, deren Spektrum von den Palästinenserorganisationen über den südafrikanischen ANC, der für eine unabhängige Westsahara kämpfenden Polisario, der Moro-Befreiungsbewegung auf den Philippinen bis hin zur irischen IRA und dem *American Indian Movement* reicht(e).

Im wirtschaftlichen Bereich mündete die von Qaddafi propagierte „Wiedereinsetzung des libyschen Volkes in seine Rechte“ gleichfalls zu einem ganzen Bündel sukzessive eingeleiteter Maßnahmen und Positionsneubestimmungen im nationalen wie internationalen Bereich. Neben die noch 1970 umgesetzte Verstaatlichung der ausländischen Unternehmen und Banken sowie ab 1973 auch der großen internationalen Erdölfirmen trat international die vom Revolutionären Kommandorat unterstützte neue Erdölpolitik mit dem Ziel der Maximierung der Erdöleinnahmen sowie die Unterstützung der Süd-Süd-Kooperation, der Neuen Weltwirtschaftsordnung und der Kampf gegen internationale Monopolunternehmen. Der interne Aspekt der ökonomischen Selbstbefreiung sollte durch die in zahlreichen Reden Qaddafis angesprochene umfassendere *soziale Revolution* verwirklicht werden. Konkrete Maßnahmen waren dabei seit den ersten vom Revolutionären Kommandorat verabschiedeten Entwicklungspläne Anfang der 1970er Jahre „Entwicklungsrevolutionen“, durch die im Bildungswesen, Gesundheitswesen, im Transport- und Kommunikationsbereich sowie in den Bereichen Landwirtschaft und sozialer Wohnungsbau (zumindest unter quantitativen Gesichtspunkten) beeindruckende Erfolgsbilanzen umgesetzt wurden, bevor Ende der 1970er Jahre ideologisch motivierte Wirtschaftseingriffe kontraproduktiv wirkten.

Die politische und wirtschaftliche Selbstbefreiung wurde schließlich durch die kulturelle Selbstbefreiung ergänzt, deren Ziel die Aufwertung des arabisch-islamischen Erbes war und ab 1969 in einer vollständigen und rigorosen Arabisierungspolitik, dem ausschließlichen Gebrauch des islamischen Kalenders, eines Alkoholverbots und einer Teilislamisierung der Gesetze bestand. Daneben gab es weitere Ansätze zur Entkolonialisierung der libyschen Geschichtsschreibung, zur Förderung libyscher Nationalkleidung und zur Bewahrung des arabischen Musikerbes. Dauerhaft seit 1970 ist die vom libyschen Staat betriebene islamische Mission mit gegenwärtigen Schwerpunkten in Schwarzafrika und Zentralasien.

Die über 30jährige Periode revolutionärer Politik, in der Qaddafis Anspruch einer „volksnahen politischen Mitbestimmung“ umgesetzt werden sollte, ist kein monolithischer Block, sondern in mehrere Teilphasen untergliedert.

- In der *ersten Phase* (September 1969-Juni 1971), als die Ausprägung einer revolutionären Ideologie noch in den Anfängen steckte, dominierten die skizzierten Neuansätze in der Außen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik, das Bestreben zur Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeit und der Überwindung der außenpolitischen Abhängigkeit. Der Einfluß Nassers führte indes nicht zur demokratischen Öffnung mit einer Wiederzulassung von Parteien und freien Gewerkschaften, sondern zur Übernahme des ägyptisch-nasseristischen Verfassungsmodells. Dieses basierte auf einem starken Revolutionsrat, wie er in der Verfassungserklärung vom 11.12.1969 bereits festgeschrieben wurde, und der am 11.6.1971 erfolgte Gründung einer panarabisch orientierten Einheitspartei, der Arabischen Sozialistischen Union (ASU), zur „Artikulation des Volkswillens“. Das zeitgleich mit der Verfassungserklärung verabschiedete Dekret zum Schutz der Revolution bedrohte jeden, der die Grundlagen der Revolution in Frage stellte, mit Haft oder der Todesstrafe.
- Die *zweite Phase* nach Gründung der ASU bis zum Beginn der Volksrevolution 1973 war durch eine weitere Einengung des organisationspolitischen Pluralismus (Verbot aller politischen Aktivitäten außerhalb der ASU; Verbot von Streiks), aber auch durch das Scheitern der mit der ASU verbundenen Hoffnungen gekennzeichnet. Denn die ASU war nicht wie gedacht ein Instrument zur Massenmobilisierung und zur Umsetzung sozioökonomischer Entwicklung, sondern mutierte schnell zu einer Parallelbürokratie entlang

von Stammesbeziehungen. Diesen Stillstand suchte Qaddafi mit einer umfassenden „Volksrevolution“ zu überwinden, deren Elemente er in seiner berühmt gewordenen Rede von Zuwara (15.4.1973) darlegte. Wichtigster Punkt – neben der geforderten „Säuberung des Landes von politisch Kranken“ und der „Bewaffnung der revolutionären Volksmassen“ – war die Verwaltungsrevolution, die erstmals in Libyens Geschichte kollektive Verwaltungsstrukturen (sog. Volkskomitees) schuf.

- In der *dritten Phase* (April 1973-Anfang 1976) ging es Qaddafi darum, die landesweit entstandenen exekutiven Volkskomitees und die ASU als Organ der Willensbildung miteinander zu verzahnen. Qaddafi zog sich deshalb im Frühjahr 1974 aus den laufenden Amtsgeschäften zurück und widmete sich in seiner Heimat, der Sirteregion, „ideologischen Aufgaben“. Ergebnis seiner Überlegungen war das „Grüne Buch“ (zumindest dessen erster Teil: „Die Lösung des Demokratieproblems. Die Volksrevolution“), das Qaddafi im Mai 1975 erstmals der Öffentlichkeit vorstellte. Darin legte er fest, dass die Parteizellen der ASU in für alle Libyer und Libyerinnen über 18 Jahre offene Basisvolkskonferenzen umgewandelt werden sollen, denen legislative Aufgaben zufallen. Die exekutiven Volkskomitees sollten zukünftig alle zwei Jahre gewählt werden und den Volkskonferenzen verantwortlich sein. Diese Volkskonferenzen-Volkskomitee-Struktur sollte ganz Libyen überziehen und hierarchisch aufgebaut sein (lokale, regionale und nationale Ebene). Beschlüsse der Basisvolkskonferenzen sollten von der nationalen Allgemeinen Volkskonferenz auf ihrer regulären jährlichen Sitzung in Gesetze gefasst werden und ihre von der Basis bestimmten Mitglieder die Regierung (das Allgemeine Volkskomitee) wählen. Dieses im Grünen Buch in seinen Grundzügen beschriebene sog. direktdemokratische Regierungssystem wurde im zweiten Halbjahr 1975 aufgebaut, so dass die Allgemeine Volkskonferenz im Januar 1976 erstmals tagen konnte. Der Institutionenbildungsprozeß war damit in seinen Grundzügen abgeschlossen (die 25. reguläre Jahrestagung der Allgemeinen Volkskonferenz fand im März 2001 statt).
- Die *vierte Phase*, die von 1976 bis in die Gegenwart andauert, ist zwar einerseits von einer institutionellen Kontinuität gekennzeichnet, andererseits fanden in ihr verschiedene Teilentwicklungen statt, die alle in irgendeiner Form mit dem von der fortbestehenden Revolutionsführung um Qaddafi der Bevölkerung gewährten Intervall politischer Mitbestimmung zu tun haben. Hierzu zählt nach der konstitutionellen Verankerung des im Grünen Buch beschriebenen politischen Systems am 2.3.1977 („Proklamation der Volksherrschaft“ und Ausrufung der „Sozialistischen libyschen arabischen Volksjamahiriya“, dem „weltweit ersten Staat mit direkter Volksherrschaft“) ab 1978 die Gründung von Revolutionskomitees. Die Revolutionskomitees, gebildet aus jüngeren Anhängern Qaddafis, waren ursprünglich als Organ zur Massenmobilisierung gedacht, wurden indes bald militantes Organ zur Durchsetzung weiterer ideologischer Programmpunkte Qaddafis und Organ zur physischen Liquidierung dabei entstehender politischer Opposition. Qaddafi hatte nämlich im November 1977 den zweiten Teil des Grünen Buches („Die Lösung des ökonomischen Problems. Der Sozialismus“) verfasst und ab 1979/80 mit der Umsetzung der darin propagierten „Produzentenrevolution“ (Gründung von Arbeiterkomitees in Betrieben), der „Zerschlagung des ausbeuterischen Privathandels“ und der Sozialisierung des Mietwohnraums begonnen. Proteste von Unternehmern, Händlern und Wohnhausbesitzern wurden als „konterrevolutionäre Akte“ bekämpft. Der sich herausbildende Revolutionssektor, also Qaddafi als Revolutionsführer (so sein offizieller Titel seit 2.3.1979), die restlichen Mitglieder des Revolutionären Kommandorates von 1969 und die Mitglieder der Revolutionskomiteebewegung, war und ist kraft „revolutionärer Legitimität“ im Amt, weder gewählt noch abwählbar. Dies gilt indes nicht für die Mitglieder der Volkskomitees, die alle zwei Jahre neu gewählt werden oder sich wie die Mitglieder der Allgemeinen Volkskomitees jährlich der Allgemeinen Volkskonferenz zu verantworten haben. Der Revolutionssektor hat mit großer Härte alle Kritiker des politischen Systems oder politischer Einzelentscheidungen verfolgt und gegen sie gesetzgeberische Maßnahmen getroffen. Insbesondere die seit Anfang der 1990 Jahre entstandenen islamistischen Bewegungen, die Qaddafi als „Ketzer“ bezeichnete, und die aktiv das Revolutionsregime bekämpfen, waren Opfer massiver Menschenrechtsverletzungen. Aber auch Gesetze wie das sog. Reinigungsgesetz von 1994

oder der „Ehrenkodex“ vom 9.3.1997, der Kollektivstrafen für Familien und Stämme vorsieht, wenn diese „Verräter an den revolutionären Prinzipien“ aus ihren Reihen nicht den Behörden ausliefern, zeigt die engen Grenzen politischer Partizipation und Meinungsfreiheit in Libyen auf. Dennoch ist die Entwicklung in Libyen nicht nur negativ zu beurteilen. Die großzügige Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik, aber auch die starke Förderung der Rechte der Frauen bis hin zur Eröffnung der bislang einzigen arabischen Frauenmilitärakademie in Tripolis (März 1979) sichern der Revolutionsführung immer noch Unterstützung in der Bevölkerung.